

Aktiv gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Der Landtag wolle beschließen:

2010 ist das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Das Europäische Jahr verpflichtet alle politischen Akteure zum Kampf gegen Armut und Ausgrenzung. Der Landtag des Saarlandes stellt sich dieser Verpflichtung und fordert die Regierung auf, ein Programm zur umfassenden Armutsbekämpfung aufzulegen.

Armut ist ein Problem, das die bestehende soziale Polarisierung vertieft und unsere Bevölkerung spaltet. Die Sozialstudie hat gezeigt, dass ein Armuts- und auch ein Reichtumsbericht zur Lage unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger dringend erforderlich ist, um wirksame Maßnahmen auf den Weg bringen zu können.

Das von der Bundesregierung geplante Sparpaket, das einmal mehr zu Lasten der ärmeren Menschen geht, verschärft die soziale Schieflage in unserem Land. Während die Banken mit dreistelligen Milliardenbeträgen unterstützt werden, stehen im Sozialbereich weiterhin massive Kürzungen bevor.

Beispielhaft für diese Politik des sozialen Kahlschlags steht die geplante Kürzung der Heizkostenzuschüsse für Hartz-IV-Betroffene.

Es muss der Grundsatz gelten, dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Die Landesregierung muss sich vor diesem Hintergrund dafür einzusetzen, dass die Vermögenden in unserem Lande stärker besteuert und die sozial Schwachen besser gestellt werden. Insbesondere gilt es, den gerade im Saarland umfangreichen Sektor prekärer Arbeit einzudämmen und für Verhältnisse zu sorgen, dass die Menschen von ihrer Arbeit leben können.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, ein Programm zur umfassenden Armutsbekämpfung mit folgenden Schwerpunkten umzusetzen:

Arbeit muss vor Armut schützen

- im Rahmen einer Bundesratsinitiative ist die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns zu realisieren;
- der Ausbau des Niedriglohnsektors ist zu stoppen und die Schaffung existenzsichernder Beschäftigungsverhältnisse im Saarland ist voranzutreiben;
- die Ausbeutung durch Leiharbeit ist konsequent zu verhindern. Vielmehr ist eine sozial gerechte Regulierung auf den Weg zu bringen, die insbesondere die tarifliche Gleichbehandlung der Leiharbeitnehmer/innen und die Stärkung betrieblicher Mitbestimmung beinhaltet und eine Novellierung des AÜG auf Bundesebene erfordert;
- zur Ausweitung öffentlich geförderter Beschäftigung sind für das Saarland kurzfristige Lösungen zu schaffen;
- der öffentliche Dienst im Land ist in der Weise angemessen auszubauen, dass soziale Dienstleistungslücken geschlossen werden können.

Die sozial ungerechte Hartz-IV-Politik muss überwunden werden

Dazu gehören folgende Initiativen auf Bundesebene:

- eine altersspezifische Bedarfsermittlung von Kindern und Jugendlichen ist aufzulegen;
- eine deutliche Anhebung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche ist umzusetzen;
- eine sozial gerechte Rentenreform ist zu gestalten – u.a. sind die Rentenanwartschaften von Langzeiterwerbslosen umgehend deutlich zu verbessern und die Vermögensfreigrenzen im SGB II anzuheben;

Bildungsgerechtigkeit muss erreicht werden

- schrittweise ist Kostenfreiheit für Kinderbetreuung, Schulbesuch und Mittagessen zu gewährleisten;
 - echte Lernmittelfreiheit ist als kostenfreie Schulbuchausleihe einzuführen;
 - ein tragfähiges Sozialpasskonzept ist zu entwickeln mit dem Ziel, Menschen mit geringem Einkommen, insbesondere einkommensschwachen Familien mit Kindern die Teilhabe am gesellschaftlichen öffentlichen Leben zu ermöglichen;
 - Familienberatungszentren zur Beratung und Unterstützung von Eltern sind auszubauen und Angebote zur Steigerung der Fürsorge- und Erziehungskompetenz sind auszuweiten.
- Darüber hinaus ist die Sozialstudie als Armuts- und Reichtumsbericht zu gestalten.

B e g r ü n d u n g:

Erfolgt mündlich.

Quelle: http://www.linksfraktion-saarland.de/nc/im_landtag/antraege/detail/artikel/aktiv-gegen-armut-und-soziale-ausgrenzung/